

Antrag

**der Abgeordneten Wolfgang Beuß, Bettina Machaczek-Stuth, Karen Koop,
Robert Heinemann, Marino Freistedt, Andreas C. Wankum,
Egbert von Frankenberg (CDU) und Fraktion**

Betr.: Gespräche mit Muslimen aufnehmen

Die Hamburger Politik und die Bürger der Stadt sind an einem konstruktiven und zukunftsorientierten Zusammenleben/Dialog mit den Angehörigen der verschiedenen Religionen interessiert. Durch die Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten ist besonders der Anteil an Bürgerinnen und Bürgern muslimischen Glaubens in der Hansestadt gestiegen. Daher ist es wichtig, diese Gruppe stärker in die Gesellschaft zu integrieren. In letzter Zeit hat es diesbezüglich – wie etwa bei der Diskussion um einen Islamunterricht an staatlichen Schulen – einige offene Fragen gegeben. Um in solchen Fällen zukünftig auf eine dauerhafte Grundlage zurückgreifen zu können und verlässliche, repräsentative Ansprechpartner zu haben, ist eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit den Vertretern des Islams in Hamburg wünschenswert.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

mit autorisierten Vertretern der Muslime Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, ein verbindliches schriftliches Abkommen über gegenseitige Rechte und Verpflichtungen in verschiedenen Lebensbereichen abzuschließen.